

Stenografischer Bericht

öffentlicher Teil

12. Sitzung – Ausschuss für Landwirtschaft und Umwelt

12. Juni 2025 – 10:02 bis 11:36 Uhr

Anwesend:

Vorsitz: Wiebke Knell (Freie Demokraten)

CDU

Lena Arnoldt
Hartwig Jourdan
Dominik Leyh
Sebastian Müller (Fulda)
Maximilian Schimmel

AfD

Marcus Resch
Gerhard Schenk (Bebra)
Olaf Schwaier

SPD

Kerstin Geis
Alexander Hofmann (Wiesbaden)
Maximilian Ziegler (Vogelsberg)

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Martina Feldmayer
Lara Klaes
Hans-Jürgen Müller (Witzenhausen)

Freie Demokraten

Wiebke Knell


Fraktionsassistentinnen und -assistenten:

CDU: Tim Wroniak
 AfD: Stefan Fleck
 SPD: Gerfried Zluga
 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Miriam Beulting
 Freie Demokraten: Tobias Schmidt

Landesregierung, Rechnungshof, etc.:

Name – Bitte in Druckbuchstaben –	Amts-/Dienst- bezeichnung	Ministerium, Behörde
Birgit Straubinger	AL	HMLU
Binia Sonnen	Referentin	HMLU
Martin Gerhards	Referent	HMLU
Thomas Schmid	Präsident	HLMeG
Eric Martin Krüchling	Referentin	HMLU
Michael Denk	AL	H7LU
Andreas Cronin	RL	HMLU
Wolfgang Hendricks	RL	STK
Ilka Heil	Referentin	HMLU
Madeleine Martin	LBST	HMLU
Sami Demir	KOR	HMdI
Michael Ruhl	SES	HMLU
JUNGS	M	HMLU
→ ALLG	RL	HMLU
Zedler, Beate		HMLU

Protokollführung: Swetlana Franz



- 1. Große Anfrage**
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Klimacheck und CO₂-Schattenpreis
– Drucks. [21/2243](#) zu Drucks. [21/1495](#) –

Abgeordnete **Martina Feldmayer:**

Wir beantragen, dass der Punkt im Plenum beraten wird.

Vorsitzende:

Spricht etwas dagegen? – Das ist nicht der Fall. Dann machen wir das so.

Beschluss:

LUA 21/12 – 12.06.2025

Auf Bitte der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erfolgt die Behandlung der Großen Anfrage im Plenum.

(einvernehmlich)

- 3. Dringlicher Antrag**
Fraktion der AfD
„Klimaschutz“ und „Klimaneutralität“ sind kostspielige Irrwege, die beendet werden müssen
– Drucks. [21/2227](#) –

LUA, WVA

Abgeordneter **Olaf Schwaier:**

Mein Kollege Klaus Gagel hat in seiner Rede bereits auf die wichtigsten Punkte hingewiesen. Nachdem ich die einzelnen Reden noch einmal im Protokoll studiert habe, sind mir ein paar Dinge aufgefallen. Es geht hier beim Thema Klima – ob das nun Klimaschutz, Klimaneutralität, Klimanotstand, Klimakrise oder Klimakatastrophe ist – um die Deutungshoheit von gewissen Begrifflichkeiten. Die AfD hat zum Thema Klimaschutz eine sehr deutliche Meinung, und es ist nicht die individuelle Meinung meines Kollegen Klaus Gagel, der Diplom-Meteorologe ist, sehr geehrter Herr Minister, sondern es sind tatsächlich die Standpunkte der AfD, die wir auch in unserem Programm entsprechend formuliert haben – auf sehr demokratischem Wege.

Ich will es jetzt nicht in die Länge ziehen. Ich will auch gar nicht weiter auf die individuellen Reden eingehen, außer, was mir noch aufgefallen ist: Herr Minister, Sie brüsten sich geradezu damit, dass Sie dieses Jahr 23 Millionen Euro in den Klimaschutz investieren wollen und dass Sie das damals noch mit der schwarz-grünen Koalition beschlossene Klimagesetz umsetzen wollen, dass Sie aber auch Novellierungsbedarf sehen. Als Stichwort nennen Sie den CO₂-Schattenpreis. Ganz ehrlich: Einen Teil Ihrer Rede fand ich wirklich gut, gerade was den Wald betrifft; denn der Wald speichert sehr viel CO₂. Die weltweite Waldfläche hat eine Speichermöglichkeit, die die weltweiten CO₂-Emissionen deutlich übersteigt. Aber das sei jetzt mal dahingestellt. Das hat mir gut gefallen. Aber, ganz ehrlich: Wollen Sie wirklich die Bürger mitnehmen, indem Sie das Klimagesetz hinsichtlich CO₂-Schattenpreis novellieren wollen? Ich habe da wirklich meine Zweifel. Das ist auch eine konkrete Frage.

Als Teil meiner einleitenden Rede muss ich jetzt einfach noch einmal auf den Punkt eingehen, dass Europa zunehmend weltweit isoliert ist mit der Klimagesetzgebung, die größtenteils in entsprechenden EU-Regelwerken verankert ist. Vor wenigen Tagen, ich glaube, vorgestern, kam der „Politikbrief“ des Vorsitzenden der Fraport AG in unserer Eingangspost an; den haben Sie sicher auch gelesen. Wenn ich mir den „Politikbrief“ durchlese, dann sehe ich, dass hier eines der größten oder das größte Unternehmen in Hessen, wo sehr viele Menschen arbeiten, geradezu einen Hilferuf nach dem anderen aussendet. In dem „Politikbrief“ steht klipp und klar: Erhöhungen der Klimakosten im Luftverkehr führen zu weiterem Anstieg der Standortkosten und Nachteilen gegenüber außereuropäischen Hubs. – Hier sind die entsprechenden Grafiken.

Ich bin ganz offen: Wir haben nicht gesagt, dass wir gegen Klimaanpassungsmaßnahmen sind. Im Gegenteil, wir sind sogar sehr dafür. Ich denke auch, wir würden unterstützen, die Klimaanpassungsmaßnahmen sogar noch zu erhöhen. Womit wir wirklich ein Problem haben, ist eben dieses ideologische Ziel des Klimaschutzes und wie das transportiert wird. Ich komme noch einmal auf das Thema Begrifflichkeiten. Herr Wagner hat in seiner Rede klar gesagt, er freut sich, dass einzelne CDU-Abgeordnete jetzt ein „Bekanntnis“ zu den Klimaschutzzielen abgeben. Ein „Bekanntnis“ zu den Klimaschutzzielen – das spricht eigentlich für sich. Da sieht man auch, das hat nicht mehr so viel mit Wissenschaftlichkeit zu tun. Ich komme aus der Wirtschaft. Mir ist es wichtig, dass das größte Unternehmen in unserem Bundesland nicht ständig in Politikbriefen Hilferufe aussendet. Dazu bitte ich Sie auch Stellung zu nehmen. – Danke schön.

Abgeordneter **Gerhard Schenk (Bebra)**:

In Ergänzung zu meinem Kollegen Schwaier möchte ich noch anmerken: Diese ganze Klimadiskussion beruht auf Modellen. Diese Modelle sind sehr zweifelhaft, weil sie sich nicht validieren lassen. Zumindest in die Vergangenheit hinein passen sie nicht auf das, was tatsächlich gemessen wurde. Warum sollen sie dann in die Zukunft hineinpassen? Das vermag ich so jedenfalls nicht nachzuvollziehen.

Im Übrigen haben wir auch bedeutende Klimaforscher, die sich diesem Narrativ doch entgegenstellen und sagen, es ginge in erster Linie darum, Geld zu generieren, indem man Steuern auf die Luft erhebt.

Zu den Klimaanpassungen würde ich eher sagen: Extremwetteranpassungen. Das sind Wetterphänomene, denen wir uns anpassen müssen. Durch unsere zusätzliche Bebauung müssen wir einfach wesentlich vorsichtiger sein. Im Ahrtal hat man ja gesehen, wie solche Wetterereignisse, die immer wieder mal auftreten – manche relativ selten, aber einmal im Jahrhundert reicht aus –, eine Katastrophe auslösen können. Bei solchen Anpassungen sind wir absolut dafür. Was die ganze Klimageschichte anbelangt, der stehen wir sehr kritisch gegenüber. Das haben Sie jetzt auch schon von Herrn Schwaier gehört.

Abgeordnete Martina Feldmayer:

Ich will darauf hinweisen, dass weder Deutschland noch Europa isoliert ist, was das Thema Klimaschutz angeht. Wir haben einen Weltklimarat, und die Staaten haben sich bei den Pariser Klimazielen darauf verständigt, dass wir die Treibhausgasemissionen senken wollen und unter 2 Grad bleiben wollen, möglichst unter 1,5 Grad Erhöhung.

Dann will ich noch sagen: Weder die Lufthansa noch die Fraport braucht irgendeine Unterstützung von der AfD in diesen Fragen. Die Lufthansa und die Fraport haben sich selbst Klimaziele gesetzt. Lufthansa und Fraport stehen zu den Klimazielen, haben sich als Unternehmen selbst welche gesetzt und brauchen da überhaupt keine Nachhilfe von der AfD.

Zu dem Antrag der AfD. Ich möchte die Aufmerksamkeit auf den Punkt 9 lenken, weil ich glaube, das ist auch ein Thema für den Verfassungsschutz, was die AfD in Punkt 9 schreibt:

„Der Landtag fordert die Landesregierung auf, über den Bundesrat auf die Bundesregierung einzuwirken, die 17 sogenannten ‚Nachhaltigkeitsziele‘ der UNO (SDG) zur Wiedererlangung der Souveränität Deutschlands und Hessens auf allen Ebenen zu verwerfen.“

Sie bezweifeln also, dass Deutschland ein souveräner Staat ist. Das muss man sich einmal zu Gemüte führen. Ich glaube, dieser Satz ist ein Thema für den Verfassungsschutz, für die Sammlung des Verfassungsschutzes zur AfD, und möchte das hier gern einmal zu Protokoll geben.

Minister Ingmar Jung:

Frau Vorsitzende, Herr Abgeordneter Schwaier! Die Diskussion haben wir mit Herrn Gagel schon mehrmals geführt. Uns geht es nicht um Deutungshoheit, uns geht es auch nicht um Bekenntnisse, wie Herr Schenk gesagt hat. Es steht Ihnen zu, sich in demokratischen Prozessen eine Meinung zu bilden. Ich habe nicht bestritten, dass Ihr Wahlprogramm demokratisch aufgestellt wird. Fakt ist aber, dass Sie sich einer wissenschaftlichen Meinung anschließen, die von 2 % der Wissenschaftler vertreten wird. Die Auffassung, die wir vertreten, dass es einen menschengemachten Klimawandel gibt, der Maßnahmen erfordert, wird von 98 % vertreten. Das kann man so machen, wie man das für richtig hält. Ich glaube, dass man sich seine politische Meinung auf einer breiten wissenschaftlichen Grundlage bildet, ist jedenfalls kein Fehler. Das ist das, was wir machen und, ich glaube, auch alle anderen Fraktionen, die hier noch zugegen sind.

Wir machen auch keine Alleingänge in Deutschland und Europa bei Klimaanpassungsmaßnahmen. Von mir aus heißt es auch Extremwetteranpassungsmaßnahmen, der Begriff ist mir ehrlicherweise relativ egal. Es besteht wohl sogar Einigkeit, dass wir da einiges tun müssen. Da tun wir auch sehr viel als Landesregierung. Da investieren wir, da ergreifen wir viele Maßnahmen, was Extremwetterschutz, Extremwettervorsorge, Hochwasserschutz betrifft. Aber, wenn man der Überzeugung ist – und der bin ich –, dass Klimawandel etwas mit Industrialisierung zu tun hat, dann hat ein hoch industrialisiertes Land wie Deutschland auch eine besondere Verpflichtung gegenüber allen anderen. Deswegen müssen wir auch bei Klimaschutzmaßnahmen Vorreiter sein. Davon bin ich fest überzeugt.

Sie haben die 23 Millionen Euro angesprochen. Die sind übrigens nicht von der schwarz-grünen Landesregierung, sondern die sind von der schwarz-roten Koalition im Haushalt festgelegt worden. Das müssen Sie alles nicht für richtig halten. Aber das ist die Politik, die wir für zukunftsgerichtet halten und deswegen an der Stelle auch so weiterverfolgen. Dass man über Deutschland hinaus und auch über Europa hinaus viel tun kann, dass wir vielleicht Anreize schaffen müssen, dass in Südamerika mehr für den Wald getan wird, das bestreite ich gar nicht; das sage ich übrigens auch immer. Das entbindet uns aber doch nicht von der Pflicht, hier Vorreiter zu sein und hier etwas zu tun. Deswegen werden wir das auch so weiterverfolgen.

Mit der Fraport, glauben Sie uns, sind wir in ganz engen Gesprächen. Die bewegen nicht die allgemeinen Klimakosten, die bewegen Strompreise, die bewegen Energiekosten, die wahnsinnig hoch sind. An der Stelle müssen wir etwas tun. Aber da zeigt diese Regierung auch, dass sie sehr pragmatisch und in einem sehr engen Austausch mit Wirtschaft und Industrie ist und versucht, umsetzbare Lösungen zu finden, umsetzbare Regeln zu finden. In der Tat, deswegen sprechen wir auch über Novellierungen am Klimagesetz, aber ohne an der grundsätzlichen Zielsetzung zu rütteln – das will ich betonen –; denn da haben wir eine besondere Verpflichtung, und da wollen wir auch weiterhin vorangehen.

Herr Schenk, Sie haben letztlich das von Herrn Schwaier aufgegriffen. Ich denke, das ist mit beantwortet mit dem, was ich eben gesagt habe.

Frau Feldmayer, sehen Sie es mir nach: Ich bin nicht für den Verfassungsschutz zuständig, die Beurteilung will ich mir als Landwirtschaftsminister nicht anmaßen. Wenn es keine Frage an mich war, dann würde ich es einfach so stehen lassen, wenn Sie gestatten. – Danke schön.

Abgeordnete Lena Arnoldt:

Erst einmal danke ich dem Minister und auch ausdrücklich Frau Kollegin Feldmayer, dass sie sich bei dem Thema sogar inhaltlich noch einmal mit dem AfD-Antrag in der Debatte hier auseinandersetzen. Ich kann Ihnen von der AfD sagen: Wir sind das gewohnt, nicht nur hier im Ausschuss für Landwirtschaft und Umwelt – Herr Schwaier, Sie sind ja selten hier dabei –, sondern auch in der Plenardebatte, wenn wir Reden von Herrn Gagel oder von Ihren Kolleginnen und Kollegen von der AfD folgen: Entweder sind es die Migranten. In der Debatte um den Klimaschutz und

Klimawandel können die Migranten nicht ganz so viel zu Ihrer Argumentation beitragen. Deswegen ist dann die Argumentationskette bei Ihnen: „Klimawandel existiert nicht“. Sie können sich sicher sein: Alle anderen Fraktionen im Landtag und auch hier im Ausschuss sind da sehr konträrer Meinung. Da bediene ich mich auch gern im Plenarprotokoll bei Kollegen Rock. Dann wissen Sie auch, dass die Freien Demokraten das genauso sehen wie CDU, SPD und sicherlich auch die Kolleginnen und Kollegen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wenn Sie der Meinung sind, es gibt keinen Klimawandel und keine Klimaveränderungen, dann können Sie uns diese Debatten hier eigentlich auch ersparen.

Vorsitzende:

Frau Kollegin Arnoldt, vielen Dank für die Übernahme der FDP-Argumentation. Dann spare ich mir das.

(Heiterkeit)

Abgeordneter Gerhard Schenk (Bebra):

Um eines klarzustellen: Einen Klimawandel bestreiten wir doch überhaupt nicht. Das wird uns immer nachgesagt, das ist völliger Unsinn. Dass sich der Klimawandel im Lauf der Erdgeschichte permanent vollzieht und dass er auch weitergehen wird, ist doch völlig klar. Man passt sich diesem Phänomen halt am Ende an, es bleibt einem ja nichts anderes übrig. Dass CO₂ dieser spezielle Klimatreiber wäre, das ist wissenschaftlich überhaupt nicht nachgewiesen. Es gibt keinen physikalischen Versuch, der das nachweist. Unter 10.000 Teilchen Luft sind gerade mal vier Teilchen CO₂. Und die sollen genau dafür zuständig sein, dass sich das Klima auf der Erde durch unseren Ausstoß kolossal ändert?

Noch dazu muss man sagen: Wir haben einen Anteil unter 2 % von dem menschengemachten CO₂-Ausstoß weltweit. Diejenigen, die tatsächlich die großen Emittenten sind – China, Indien, USA, Brasilien, selbst die Türkei –, nehmen überhaupt nicht teil, die werden überhaupt nicht limitiert in ihrem CO₂-Ausstoß, die brauchen sich gar nicht daran zu beteiligen. Die USA sind aus dem Pariser Klimaabkommen ausgestiegen, und die werden auch nicht wieder einsteigen. Das Ganze scheint am Ende eine wirtschaftliche Frage zu sein. Wir deindustrialisieren aktuell, weil wir einen Strompreis haben, der drei- bis viermal so hoch ist wie bei unseren Konkurrenten. Das kriegen wir nicht anders weg, als indem wir wieder in derselben Art und Weise produzieren, wie das unsere Konkurrenten auch machen. Wir können etwas Neues erfinden. Aber dann muss es wirklich dazu führen, dass wir Strompreise haben, die wettbewerbsfähig sind. Mit den Energiepreisen, die wir aktuell haben, kann man den Laden einfach nur zumachen.

Dazu kommt noch, dass der Verbrenner, der ein Standbein unserer Industrie überhaupt ist – – Mein Sohn arbeitet selbst in der Industrie, und die kriegen zu Zehntausenden Abfindungsangebote gemacht. Die streichen die Segel. Die Produktion der Verbrennermotoren von Mercedes findet in China statt. Das sind doch alles Dinge, die muss man zur Kenntnis nehmen, und da kann

man nicht so eine Art Spielwiese aus Deutschland machen und das Ganze zu einem Prozess machen, wo man meint, man will der Welt erklären, wie die Wirtschaft funktioniert. Wir werden dabei einfach nur abgewickelt.

Vorsitzende:

Vielleicht bleiben wir ein bisschen in Hessen.

Abgeordneter Olaf Schwaier:

Herr Minister, natürlich gehe ich davon aus, dass Sie intensiv mit Fraport im Gespräch sind. Ich denke, es gibt kein anderes Unternehmen in Hessen oder vielleicht sogar in Deutschland, das international dermaßen vernetzt ist wie die Fraport AG. Wir waren vor Kurzem mit der Fraktion bei der Fraport AG und haben da eine entsprechende Präsentation gesehen. Mein Eindruck ist schon, dass jetzt sehr dringend Maßnahmen erforderlich sind; sonst wird das Ganze in einem Desaster enden. Die Fraport ist in einer Preisschere, die kaum noch zu managen ist. Ich hatte vor Kurzem den Fall eines Unternehmens, die sind ins Ausland gegangen, weil die Herstellkosten höher waren als der weltweite Marktpreis für ein Produkt. Das trifft natürlich auf Flüge, ob das Passagier- oder Frachtflüge sind, genauso zu.

Insofern noch einmal mein Appell. Ich sehe hier eine ganz klare Ansage: die hohe Luftverkehrssteuer und nationale Alleingänge. Davon ist in dem „Politikbrief“ die Rede. Es tut mir wirklich leid. Das hat jetzt auch nichts mit der Großwetterlage oder mit irgendwelchen Kriegen oder Konflikten zu tun. Hier ist jetzt wirklich Hausarbeit dringend notwendig, und zwar sehr schnell; sonst laufen in Zukunft alle Flüge aus Deutschland, zum Beispiel Zubringerflüge von Hamburg nach Frankfurt und dann nach Bangkok, womöglich über Istanbul. Das konkrete Beispiel mit Zahlen ist im „Politikbrief“ drin. Deshalb nochmals mein Appell. Mir geht es hier weder um Ideologie noch um Deutungshoheit, mir geht es um die Basis unseres Wohlstandes. Wenn wir weiter mit so hohen Steuern vorgehen, auch CO₂-Steuern, die weiter steigen, dann werden wir wirtschaftlich bald in einem Desaster landen. Es tut mir leid, ich kann das nicht anders ausdrücken. Ich bin sonst gegen solche Ausdrücke; aber das ist einfach so.

Abgeordneter Hans-Jürgen Müller (Witzenhausen):

Eigentlich äußere ich mich nur ungern zu solchen Anträgen. Aber ich finde es bemerkenswert: Ich bin jetzt im sechsten Jahr im Landtag. Als wir hier angefangen haben – um das einmal für die Zuhörerinnen und Zuhörer zu sagen –, hat die AfD tatsächlich den Klimawandel als solchen geleugnet. Herr Gagel hat uns hier erklärt, dass es keinen Klimawandel gibt, sondern nur Extremereignisse. Jetzt ist immerhin bemerkenswert: Herr Schenk und scheinbar der ganze Trupp von der AfD hat eingesehen: Es gibt einen Klimawandel, es gibt nur keinen menschengemachten Klimawandel. – Immerhin, eine gewisse Lernfähigkeit muss ich Ihnen attestieren.

Ich will nur noch eines sagen, warum es so schwerfällt, diese Absätze zu akzeptieren. Ich bin in der Lüneburger Heide aufgewachsen und habe während meiner Realschulzeit im Heimatkunde- und Erdkundeunterricht gelernt: In der Lüneburger Heide gibt es Erdölvorkommen, es gibt Moore. Es gehörte zu unserem Standard, die Zusammenhänge schon in der Realschule zu lernen: Wie sind die Moore entstanden, wie ist das Erdöl, wie sind die Gasvorkommen entstanden, und welcher Zusammenhang besteht dabei zum Klima? – Es war schon damals vollkommen klar: Wenn wir das Erdöl wieder aus der Erde herausholen und verbrennen, dann kehren wir diesen Prozess um, wir greifen da ein. – Da gab es noch keine GRÜNEN, trotzdem wussten das alle. Ich frage mich wirklich, was Sie in Ihrer Schulzeit gelernt haben. Das ist doch Standardwissen, was passiert, wenn man dieses gebundene CO₂ wieder herausholt. Wir wissen auch, wie es entstanden ist. Das will mir einfach nicht in den Kopf. Aber es scheint müßig zu sein, sich mit Ihnen darüber auseinanderzusetzen. Aber bemerkenswert ist: Sie sprechen schon vom Klimawandel – immerhin. Vielleicht werden Sie in sechs Jahren auch feststellen, es gibt einen menschengemachten Klimawandel. Bloß, dann ist es zu spät.

Abgeordneter **Gerhard Schenk (Bebra)**:

Man kann das sicherlich nachlesen. Herr Gagel hat niemals behauptet, dass es keinen Klimawandel gibt. Ich habe nichts anderes behauptet wie das in den letzten sechs Jahren. Das haben wir auch schon in der Schule gelernt, und da haben wir auch keine Hemmungen, das so zu benennen.

Was wir bezweifeln, ist der Anteil, den der Mensch daran hat.

(Zuruf: Also gibt es menschengemachten Klimawandel! – Weitere Zurufe)

Der IPCC sagt selbst, es sind 3 %, der Rest ist natürlichen Ursprungs. So weit muss man einfach mal das Ganze lesen. Man muss nicht ideologisch – –

(Zuruf: Vorhin waren es 2 %, jetzt sind es schon 3 %! – Heiterkeit)

– Nein, Moment.

Vorsitzende:

Vielleicht lassen wir mal die bilateralen Gespräche.

(Abgeordneter Gerhard Schenk (Bebra): Das würde ich auch sagen!)

– Alle, auch Sie.

(Abgeordneter Gerhard Schenk (Bebra): Ich bin ja noch dran!)

Jetzt sind Sie wieder dran.

Abgeordneter **Gerhard Schenk (Bebra)**:

Zur Aufklärung: Insgesamt 3 %, sagt der IPCC, bis zu 3 % an dem Gesamtaufkommen an CO₂ sind menschlichen Ursprungs. In Deutschland sind es unter 2 %. Aus diesen 3 % sind wir nur mit 2 % beteiligt. Können Sie dem noch folgen? Das ist eine mathematische Frage. Insofern ist unser Anteil an dem gesamten Aufkommen, das die Menschen verursachen, verschwindend gering. Das ist vier Stellen hinter dem Komma, nach vier Nullen hinter dem Komma fängt es an. Es ist einfach eine Frage der Mathematik.

Die andere Sache, dass wir uns hier im Grunde genommen ideologisch völlig verrannt haben, das will hier keiner einsehen. Ich weiß nicht: Von wem werden Sie alle bezahlt, dass man nicht – –

(Zuruf: Vorsicht, Vorsicht! – Weitere Zurufe)

– Nein, ich sage jetzt ganz einfach – –

Vorsitzende:

Herr Schenk, wir alle werden vom Land Hessen bezahlt, vom Steuerzahler.

(Abgeordneter Gerhard Schenk (Bebra): Sehr schön, vom Steuerzahler!)

Ich weiß nicht, wie es sonst bei der AfD aussieht, aber mäßigen Sie sich jetzt bitte im Ton.

Abgeordneter **Gerhard Schenk (Bebra)**:

Ich habe an der Stelle nur gesagt, der Steuerzahler bezahlt uns alle, und wir sollten dann auch entsprechend dessen Interessen vertreten. Dessen Interesse kann es nicht sein, dass wir hier deindustrialisieren, und zwar sehenden Auges. Es ist völlig klar, wenn wir drei- oder viermal so hohe Energiepreise haben wie in Konkurrenzländern, dass die Industrie hier abwandert. Das ist doch vollkommen klar. Das ist nicht nur bei der Fraport so. Es betrifft sämtliche Produktionsbereiche. Darauf sind wir angewiesen. Wenn wir den Wohlstand erhalten wollen, müssen wir uns danach richten.

Herr Müller, noch eines: Wenn der Wald abgeholzt wird, um Windräder dahin zu stellen, dann haben Sie keine Hemmungen. Das sieht man im Reinhardswald, das sieht man jetzt auch bei uns oben in Nordhessen. Überall wachsen die Dinger aus dem Boden. Die Gemeinden werden gekauft, indem sie 0,4 Cent pro Kilowattstunde als Beteiligung angeboten bekommen. Hessen-Forst bekommt Geld dafür. Und alles liegt am Ende auf der Stromrechnung, das muss der Stromkunde – –

(Zuruf Abgeordneter Hans-Jürgen Müller (Witzenhausen))

– Ja, ja. Der Strom ist weltweit der teuerste. Dank der grünen Politik haben wir den weltweit höchsten Strompreis.

(Zuruf Abgeordneter Hans-Jürgen Müller (Witzenhausen))

Vorsitzende:

Alle mal beruhigen, kurz durchatmen.

Abgeordneter **Alexander Hofmann (Wiesbaden):**

Das ist alles sehr spannend und bemerkenswert. Bemerkenswert finde ich auch, um jetzt noch einmal zu Ihrem Antrag zurückzukommen – denn dazu haben Sie gar nichts gesagt; vielleicht haben Sie es auch nicht so genau gelesen –, dass Sie unter anderem fordern, „die 17 sogenannten ‚Nachhaltigkeitsziele‘ ... zu verwerfen“. Die tauchen plötzlich in diesem Antrag auf, wahrscheinlich, weil in einem Punkt Klimaschutz drinsteht.

Aber es ist dann schon bemerkenswert, was die AfD nicht will, „die Partei der kleinen Leute“, wie sie sich manchmal selbst nennt: „keine Armut“, „kein Hunger“. „Gesundheit und Wohlergehen“ sind Ihnen auch nicht wichtig. „Hochwertige Bildung“ – gut, das kommentiere ich jetzt nicht weiter, was das mit Ihnen zu tun hat. „Geschlechtergleichheit“ sieht bei Ihrer Fraktion auch nicht ganz so gut aus. „Sauberes Wasser und Sanitäreinrichtungen“ wollen Sie nicht, „bezahlbare und saubere Energie“ sowieso nicht. Atom ist viel besser, das haben Sie gerade eben auch schon wieder gesagt. „Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum“ – steht übrigens darin – ist auch etwas, was Sie scheinbar nicht wollen oder ablehnen. „Industrie, Innovation und Infrastruktur“ lehnen Sie auch ab. „Weniger Ungleichheiten“ lehnen Sie ab. „Nachhaltige Städte und Gemeinden“ – auch da wieder Nachhaltigkeit, ganz böse. „Nachhaltige/r Konsum und Produktion“ – auch böse. „Maßnahmen zum Klimaschutz“ – das steht darin – lehnen Sie ab, das wollen Sie nicht. Wenn man aber weiterliest, was es bedeutet, steht dort: „Sofortmaßnahmen ergreifen, um den Klimawandel und seine Auswirkungen zu bekämpfen“. Das, was Sie eigentlich wollen, lehnen Sie trotzdem wieder ab. „Leben unter Wasser“, „Leben an Land“ – alles geschenkt. „Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen“ – auch etwas, was Sie dauerhaft ablehnen, das merkt man ja – und „Partnerschaften zur Erreichung der Ziele“. Ich wollte einfach, dass wir einmal mitnehmen, was Sie alles noch so ablehnen, wofür Sie sich an anderer Stelle immer ganz gern feiern.

Abgeordneter **Olaf Schwaier:**

Lieber Herr Kollege Müller, ich denke, wir sind ungefähr gleich alt, also hatten wir vielleicht ein ähnliches Curriculum. Allerdings bin ich auch in England auf die Schule gegangen und habe dort studiert, konnte also in meiner Jugend weitreichende Impulse bekommen. Vielen Dank für Ihr Interesse. – Weiter gehe ich darauf wirklich nicht ein.

Aber, was ganz wichtig ist, wir sind doch hier nicht unter einer Käseglocke. Was wir hier gerade mit unseren Klimaschutzgesetzen betreiben und was Fraport betrifft, das sind einfach wirtschaftliche Hemmschuhe. Sie mögen das anders interpretieren. Aber jedes einzelne Industrieunternehmen sagt Ihnen doch das Gleiche: Die Industrie wandert schon ab, es ist dramatisch. – Deswegen

auch der Appell von uns – es ist nur ein Appell, als Oppositionsfraktion können wir nicht viel mehr machen –, von diesem Weg abzuweichen, diesen Weg zu verlassen, diesen Weg nicht mehr weiterzuverfolgen. Denn wir sind nicht unter einer Käseglocke, weder in Deutschland noch in Europa. China, Indien, die USA, die größten Emittenten von CO₂ auf diesem Planeten, ziehen einfach nicht mit beim Pariser Klimaschutzabkommen.

Ob das nun den Kollegen von der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gefällt oder nicht: Diese Prozentzahlen sind Schall und Rauch, wenn ein Großteil der Industrienationen dieses Planeten nicht mitmacht. Das müssen Sie einfach sehen und anerkennen. Wenn wir als Industrienation weiter eine Rolle spielen wollen, dann dürfen wir diesen Weg nicht weiter beschreiten, wir müssen stoppen. Wir müssen damit auch die Klimagesetzgebung stoppen und natürlich die CO₂-Steuer usw. abschaffen.

Abgeordneter Gerhard Schenk (Bebra):

Eine kurze Erwiderung zu den Nachhaltigkeitszielen. In dem Lissabon-Vertrag steht die Subsidiarität ganz oben. Das heißt, die Dinge, die wir hier direkt regeln können, wollen wir auch direkt bei uns regeln. Das sind kulturelle Dinge, das sind aber auch Dinge in der Landwirtschaft wie auch, was die Anpassung an Extremwetter und solche Sachen angeht. Das kann man vor Ort viel besser. So steht es auch in dem Lissabon-Vertrag drin. Das wird zunehmend negiert, indem man meint, man müsste sich da in einem großen Konvoi von Finnland bis Sizilien in einem Tritt bewegen. Das geht nun mal nicht, das sind ganz unterschiedliche Gegebenheiten. Deswegen sollte man das, auch was die Nachhaltigkeitsziele angeht, im Subsidiaritätsbereich ansiedeln und dann auch vor Ort die Entscheidungen treffen und nicht sich von der EU alles vorschreiben lassen.

(Zuruf: Von den UN!)

– Das gilt für die UN genauso wie für die EU. Das ist letztlich wurscht.

Minister Ingmar Jung:

Ich würde mir, Ihr Einverständnis voraussetzend, erlauben, zu den Stellungnahmen von GRÜNEN, CDU und SPD nichts mehr zu sagen, weil es keine Fragen an mich waren, aber ein Wort zur AfD.

Herr Schenk, Sie müssen sich irgendwann entscheiden. Sie sprechen immer von „konsistent“ und „ohne Widerspruch“. Sie haben jetzt in einem Satz gesagt, erstens, CO₂ hat nichts mit dem Klimawandel zu tun, zweitens, das Problem ist, dass China so viel CO₂ emittiert. Was ist denn jetzt? Irgendwann müssen Sie sich schon mal klar werden, welche Position Sie eigentlich verfolgen wollen und ob Ihnen das jemand draußen abkauft. Sie haben davon gesprochen, wir müssen den Menschen draußen etwas verkaufen. Sie müssen sich schon mal klar werden, in welche Richtung Sie eigentlich wollen. Zu der Frage, ob menschliche Ursachen beim CO₂ eine Rolle spielen, war ich mit Herrn Gagel einmal in einer längeren Diskussion mit einem renommierten

Forscher, der als Letztes gesagt hat: Herr Gagel, es tut mir leid, das ist Physik für Anfänger. – Das ist die Meinung von Wissenschaftlern, von Physikern. Ich bin ein Jurist, der kann das nur begrenzt beurteilen und muss sich an andere halten.

Herr Schwaier, dass die Fraport unter wirtschaftlichem Druck ist, hat hier niemand bestritten. Ich habe auch nicht gesagt, dass wir in einer Käseglocke leben. Dass die Luftverkehrssteuer eine Belastung für das Unternehmen ist, ist auch völlig unstrittig. Das ist eine Bundesregelung, wie Sie sicher wissen, und hat letztlich mit dem Antrag nicht unmittelbar etwas zu tun. Deswegen habe ich dazu auch nicht Stellung genommen. Das muss an anderer Stelle diskutiert werden.

Ich will noch einen Vorwurf von Herrn Schenk aufnehmen. Herr Schenk, Sie haben mir vorgeworfen, wenn ich es richtig verstanden habe, dass ich über Hessen-Forst die Kommunen kaufe, um den Wald abzuholzen und überall Windräder einzupflanzen. – Frau Feldmayer, ich würde Sie bitten, diese Haltung einmal in Ihrer Fraktion vorzutragen. Da bin ich sehr gespannt, ob das da genauso gesehen wird.

Abgeordneter Gerhard Schenk (Bebra):

Das CO₂ ist das, woran alles festgemacht wird: die zusätzlichen Steuern, die Bepreisung, der Zertifikatehandel. Das ist das, was Sie propagieren und was Sie auch auf die Schiene gesetzt haben. Dass wir davon ausgehen – das ist ein anderer Aspekt –, dass das CO₂ gar nicht die Bedeutung für den Klimawandel hat, das hat jetzt auch Herr Gagel mit der aus den NASA-Daten abgeleiteten Studie von Herrn Nikolov und Herrn Zeller gezeigt: dass damit letztlich 80 % erklärt werden können, dass das in den letzten 24 Jahren die Wirkung ist und letztlich der Wasserdampf in der Atmosphäre dafür verantwortlich ist, wie die Temperaturen auf der Erde sind. Es scheint ein sehr komplexer Prozess zu sein, den weder Sie noch ich behaupten zu verstehen. Nur aus einem Klimamodell heraus, das in der Realität gar nicht abgebildet werden kann oder jedenfalls in die Vergangenheit hineinprojiziert die Ergebnisse nicht bestätigt, die tatsächlich gemessen wurden, die ganze Wirtschaft mehr oder weniger kollabieren zu lassen, das ist schon ein Husarenstück. Das wollen wir nicht mitgehen. Wir denken einfach, wir machen das mit gesundem Menschenverstand, und der liegt bei der AfD. Davon bin ich fest überzeugt. Wir sind auch alle zur Schule gegangen. Im Gegensatz zu vielen haben wir auch ein Leben vor der Politik gehabt.

Vorsitzende:

Wir haben noch einiges an Tagesordnung vor uns, vielleicht konzentrieren wir uns jetzt mal.

Abgeordneter Hans-Jürgen Müller (Witzenhausen):

Herr Schwaier führt immer wieder aus, dass wir für die 2 % verantwortlich sind. Ich möchte einmal ein Beispiel sagen. Ich bin einer von 200.000 Bürgern in Wiesbaden. Wenn ich morgen früh meine Mülltonne einfach auf die Straße kippe, dann bin ich einer von 200.000. Dann könnte man nach Ihrer Definition sagen: Ist doch egal, ich bin ja nur einer von 200.000. – Ich mache es trotzdem

nicht, weil ich mich auch für das verantwortlich fühle, wofür ich verantwortlich bin. Das unterscheidet uns phänomenal, wenn Sie sagen, Sie sind für die 2 % einfach nicht verantwortlich. Das unterscheidet uns.

(Minister Ingmar Jung: Fast 300.000, Herr Müller!)

Vorsitzende:

Für uns Nordhessen sind so große Orte gar nicht vorstellbar.

(Heiterkeit)

Ich sehe jetzt keine weiteren Wortmeldungen. Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung.

Beschluss:

LUA 21/12 – 12.06.2025

Der Ausschuss für Landwirtschaft und Umwelt empfiehlt dem Plenum, den Dringlichen Antrag abzulehnen.

(CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Freie Demokraten gegen AfD)

Berichterstattung: Olaf Schwaier
Beschlussempfehlung: Drucks. [21/2370](#)

Zuvor kam der Ausschuss für Landwirtschaft und Umwelt überein, den Dringlichen Antrag in öffentlicher Sitzung zu beraten.

(einvernehmlich)

6. Berichts Antrag

Klaus Gagel (AfD), Gerhard Schenk (Bebra) (AfD), Olaf Schwaier (AfD), Andreas Lichert (AfD), Dimitri Schulz (AfD)
Extremwetter in Hessen: Klassifizierung und Stand der Präventions- und Schutzmaßnahmen
– Drucks. [21/1767](#) –

hierzu:

Schreiben des HMLU vom 23.04.2025
– Ausschussvorlage LUA 21/7 –

(verteilt am 05.05.2025)

Vorsitzende:

Gibt es noch Fragen? – Gibt es nicht mehr, wunderbar.

Dann gilt der Berichts Antrag mit der Entgegennahme des Berichts im Ausschuss für Landwirtschaft und Umwelt als erledigt. – Dann frage ich mich, warum das öffentlich war – aber okay.

Beschluss:

LUA 21/12 – 12.06.2025

Der Berichts Antrag gilt mit der Entgegennahme des Berichts der Landesregierung im Ausschuss für Landwirtschaft und Umwelt als erledigt.

Zuvor kam der Ausschuss für Landwirtschaft und Umwelt überein, den Berichts Antrag in öffentlicher Sitzung zu beraten.

(einvernehmlich)

Wiesbaden, 5. September 2025

Protokollführung:

Vorsitz:

Swetlana Franz

Wiebke Knell